

Europäische Sicherheits- und Verteidigungspolitik

Der Landesparteitag der SPD Berlin möge beschließen,
der Bundesparteitag der SPD möge beschließen,

Wir fordern die deutsche Bundesregierung und insbesondere die SPD dazu auf, in der europäischen Sicherheits- und Verteidigungspolitik auf ein geeintes und eigenständig handlungsfähiges Europa hinzuwirken.

Folgende Maßnahmen sind hierbei essentiell:

- I. Bessere europäische Koordinierung der nationalstaatlichen Rüstungsbeschaffung sowie des Rüstungstransports:

Die bisherigen europäischen Beschaffungen erfolgen – abgesehen von wenigen positiven Ausnahmen – zu unkoordiniert und mit einem zu starken Fokus auf den nationalstaatlichen Rahmen. Eine bessere Koordinierung ist sowohl aus wirtschaftlichen als auch aus politischen Gründen notwendig. Wirtschaftlich ermöglicht die gemeinsame Beschaffung Skaleneffekte und Effizienzgewinne, wodurch die Stückkosten gesenkt werden. Politisch ist eine engere Abstimmung erforderlich, um eine tatsächlich integrierte europäische Verteidigungspolitik zu verwirklichen. Mit einer erneuten Trump-Administration besteht die Gefahr, dass US-Sicherheitsgarantien an den Erwerb US-amerikanischer Rüstungsgüter gekoppelt werden. Dies könnte die europäische rüstungsindustrielle Basis schwächen und weiter fragmentieren. Eine koordinierte europäische Beschaffungspolitik, einschließlich einer verstärkten Integration der Rüstungsproduktion, kann dieser Entwicklung entgegenwirken.

Der EU-interne Transport von Rüstungsgütern sollte angesichts der sich zuspitzenden Bedrohungslage ebenfalls unter den freien Warenverkehr fallen (aktuelle durchschn. Bearbeitungszeit von Freigabeanträgen umfasst 3-5 Tage), um eine schnelle Verlagerung von Verteidigung der EU-Außengrenzen essenzielle Rüstungsgüter im Angriffsfall ohne unnötige Verzögerung garantieren zu können.

- II. Gemeinsame Kreditaufnahme zur Finanzierung der europäischen Wehrhaftigkeit:

Um eine stärkere Koordinierung und Skalierung der EU-Rüstungsbeschaffung zu ermöglichen, sollte sich die Bundesregierung für eine Aktivierung der sogenannten „Escape Clause“ aufgeben. Diese Regelung erlaubt es den EU-Mitgliedstaaten, ihre Verteidigungsausgaben zu erhöhen, ohne dass diese auf die im Stabilitäts- und Wachstumspakt vorgeschriebene Begrenzung des Haushaltsdefizits angerechnet werden. Eine solche Ausnahmeregelung würde den Mitgliedstaaten dringend benötigten finanziellen Spielraum verschaffen, um in die europäische Verteidigungsfähigkeit zu investieren, ohne fiskalische Zwänge zu verschärfen.

48 Darüber hinaus sollte sich die Bundesregierung nicht nur für die Möglichkeit einer
49 gemeinsamen Kreditaufnahme zur Finanzierung von Rüstungsgütern – den
50 sogenannten „Defense Bonds“ – öffnen, sondern sich aktiv für deren zeitnahe
51 Umsetzung einsetzen. Eine solche europäische Finanzierungsstruktur würde es
52 ermöglichen, groß angelegte Investitionen in Verteidigungsprojekte zu tätigen, ohne
53 dass einzelne Mitgliedstaaten unverhältnismäßig belastet werden. Zudem würde eine
54 koordinierte Kreditaufnahme die europäische Rüstungsindustrie stärken, den Aufbau
55 strategischer Autonomie fördern und die Abhängigkeit von Drittstaaten verringern.

56
57
58
59

60 III. Beschaffungskompetenzen mittel- bis langfristig auf EU-Ebene verlagern

61
62
63
64
65
66
67
68
69

Die Europäische Verteidigungsagentur (EDA) sollte mittel- bis langfristig erweiterte
Kompetenzen erhalten, um ihre Entwicklung zu einer echten europäischen
Beschaffungsbehörde voranzutreiben. Dies sollte neben der zentralen Koordinierung
von Beschaffungsprozessen auch die Verwaltung gemeinsamer Forschungs- und
Entwicklungsbudgets umfassen. Eine solche Institutionalisierung würde nicht nur die
Effizienz der europäischen Verteidigungsbeschaffung steigern, sondern auch
Innovationen gezielter fördern und eine nachhaltige industrielle Basis für die
europäische Rüstungsindustrie schaffen.

70
71
72
73
74
75
76
77

Dabei sollten europäische und nationale Beschaffungsbehörden weiterhin parallel
existieren, gemäß dem Prinzip der Subsidiarität. Während kleinere und mittlere
Rüstungsprojekte auf nationaler Ebene oder in bilateralen Kooperationen organisiert
bleiben können, sollten die kapitalintensivsten Projekte auf EU-Ebene gemanagt
werden. Dies betrifft insbesondere Waffensysteme und Plattformen, deren
Entwicklung und Produktion für einzelne Mitgliedstaaten finanziell nicht tragbar wäre
und bei denen Skaleneffekte eine entscheidende Rolle spielen.

78
79
80
81
82
83
84
85
86

Darüber hinaus sollte die Einbindung Großbritanniens in europäische
Verteidigungsinitiativen ähnlich der Beteiligung Norwegens an EU-
Verteidigungsprogrammen gestaltet werden. Dies würde es dem Vereinigten
Königreich ermöglichen, an gemeinsamen Beschaffungs- und Entwicklungsprojekten
teilzunehmen, ohne eine EU-Mitgliedschaft vorauszusetzen. Angesichts der weiterhin
engen militärischen und sicherheitspolitischen Verflechtung Großbritanniens mit der
EU wäre eine solche Kooperation sowohl aus wirtschaftlicher als auch aus
strategischer Sicht sinnvoll.

87
88
89
90
91
92
93
94
95

Um den schnelleren Innovationszyklen moderner Technologien gerecht zu werden,
müssen zudem neue Mechanismen für operationelle Tests geschaffen werden.
Gemeinsame Test- und Evaluierungsprogramme mit anderen europäischen
Streitkräften würden es ermöglichen, neue Technologien unter realen Bedingungen
schneller zu erproben und ihre Einsatzreife zu beschleunigen. Dies könnte
beispielsweise durch multinationale Testeinheiten, gemeinsame Übungsszenarien
oder spezialisierte Testzentren erfolgen. Eine solche europäische Innovations- und
Teststrategie würde dazu beitragen, technologische Überlegenheit zu sichern und

96 den zeitlichen Rückstand in der Entwicklung neuer Waffensysteme im Vergleich zu
97 globalen Akteuren zu verringern.
98

99
100
101
102 IV. Schnellere Umsetzung des Aufbaus eines eigenständigen europäischen Pfeilers
103 innerhalb der NATO
104

105 Die Kommando- und Operationsstrukturen europäischer Streitkräfte sollten nicht
106 länger zwingend auf eine Mitwirkung des US-Militärs ausgerichtet sein. Während die
107 transatlantische Partnerschaft weiterhin eine zentrale Säule der europäischen
108 Sicherheit bleibt, muss Europa in der Lage sein, eigenständig militärische
109 Operationen in verschiedenen Szenarien durchzuführen – von Krisenbewältigung
110 und Stabilisierungseinsätzen bis hin zu großangelegten Verteidigungsoperationen.
111

112 Dafür ist eine umfassende Verbesserung der militärischen Fähigkeiten auf mehreren
113 Ebenen erforderlich. Neben der Modernisierung der materiellen Ausstattung,
114 einschließlich logistischer Kapazitäten, Kommunikations- und Aufklärungssysteme
115 sowie strategischer Luft- und Seetransportmittel, müssen auch die Trainings- und
116 Ausbildungsziele europäischer Streitkräfte gezielt angepasst werden. Der Fokus
117 sollte stärker auf eigenständige Kommando- und Entscheidungsstrukturen, die
118 Interoperabilität zwischen europäischen Streitkräften und die Fähigkeit zur schnellen
119 Reaktionsbereitschaft gelegt werden.
120

121 Ein zentraler Aspekt ist zudem der Ausbau und die bessere Nutzung bestehender
122 europäischer Kommandostrukturen, wie dem Military Planning and Conduct
123 Capability (MPCC) der EU, um eigenständige militärische Führungskapazitäten zu
124 gewährleisten. Parallel dazu müssen multinationale europäische Verbände, wie die
125 EU-Battlegroups oder die NATO Response Force (NRF), konsequent
126 weiterentwickelt und in ihrer Einsatzfähigkeit verbessert werden.
127

128 Konkrete Schritte zur Stärkung der Interoperabilität umfassen auch die Bildung
129 multinationaler Bataillone (z.B. deutsch-französisch-niederländische Einheiten) und
130 die Harmonisierung von Disziplinarrecht sowie Dienstgradabzeichen. Eine
131 gemeinsame Rechtsstelle im BMVg könnte bei der Umsetzung des Disziplinarrechts
132 unterstützen nicht-deutsche Kommandeure unterstützen.
133

134 Diese Maßnahmen zielen nicht darauf ab, die USA innerhalb der NATO zu isolieren
135 oder die transatlantische Sicherheitsarchitektur infrage zu stellen. Vielmehr geht es
136 darum, die europäische Handlungsfähigkeit zu stärken und eine gleichberechtigtere
137 Lastenverteilung innerhalb des Bündnisses zu erreichen. Eine militärisch
138 eigenständig agierende EU würde auch die Glaubwürdigkeit der europäischen
139 Sicherheits- und Verteidigungspolitik erhöhen und Europa unabhängiger von
140 geopolitischen Entwicklungen in den USA machen.
141
142

143
144
145
146
147
148
149
150
151
152
153
154
155
156
157
158
159
160
161
162
163
164
165
166
167
168
169
170
171
172
173
174
175
176
177
178
179
180
181
182
183
184
185
186
187
188
189
190

V. Ausbau der nuklearen Teilhabe über Frankreich und Großbritannien

Angesichts der schwindenden Verlässlichkeit des US-amerikanischen nuklearen Schutzschirms für Europa muss die Europäische Union zeitnah Gespräche mit Frankreich und Großbritannien über eine erweiterte nukleare Teilhabe führen. Diese beiden europäischen Nuklearmächte sollten als Garanten einer eigenständigen europäischen Abschreckungspolitik fungieren, um die strategische Sicherheit Europas langfristig zu gewährleisten.

Ein solcher Schritt erfordert eine umfassende Neubewertung der nuklearen Abschreckungsstrategie der EU sowie eine detaillierte Analyse der politischen, militärischen und finanziellen Implikationen. Dazu gehört die Frage, inwieweit europäische Staaten über eine engere Einbindung in die französischen und britischen Nuklearstrategien mitbestimmen könnten – etwa durch gemeinsame Planungsmechanismen, abgestimmte Abschreckungsdoktrinen oder die Bereitstellung logistischer und technologischer Unterstützung.

Zudem müsste eine grundsätzliche Neuverteilung der Verteidigungslasten innerhalb der EU erfolgen, um die Abschreckungsfähigkeit des Bündnisses aufrechtzuerhalten. Während Frankreich und Großbritannien die nukleare Komponente bereitstellen, könnten andere EU-Mitgliedstaaten – insbesondere Deutschland – durch verstärkte Investitionen in konventionelle Rüstungsgüter und Trägersysteme zur Gesamtfähigkeit beitragen.

VI. Priorisierung der Sanierung von für die Landes- und Bündnisverteidigung notwendiger Infrastruktur:

Um der Rolle Deutschlands als europäische Drehscheibe für den militärischen Transport gerecht zu werden muss die Sanierung und Erneuerung verteidigungsrelevanter Infrastruktur finanziert durch das Infrastruktursondervermögen priorisiert werden. Insbesondere müssen jene 10 % der Straßen ausgebaut werden, die derzeit den Transport militärischen Großgeräts nicht ermöglichen. Öffentliche Infrastrukturinvestitionen sollten gezielt darauf ausgerichtet sein, logistische Engpässe zu beseitigen und die Mobilität europäischer Streitkräfte zu verbessern.

Diese Maßnahme ist essentiell, da die schnelle Verlegung von Truppen und schwerem Gerät im Krisen- oder Verteidigungsfall eine funktionierende Verkehrsinfrastruktur erfordert. Derzeit sind jedoch zahlreiche Straßen, Brücken und Schienenwege nicht auf die hohen Achslasten und Dimensionen moderner Militärfahrzeuge ausgelegt. Dies führt zu erheblichen Einschränkungen bei der strategischen Truppenverlegung und könnte im Ernstfall die Reaktionsfähigkeit europäischer Streitkräfte erheblich verzögern. Eine Koordinierung mit der *Connecting Europe Facility (CEF)* sollte erfolgen, um die Finanzierung dieser Projekte sicherzustellen.

191
192
193
194
195
196
197
198
199
200
201
202
203
204
205
206
207
208
209
210
211
212

VII. Etablierung europäischer Test- und Experimentierzentren für die zivil-militärische Forschung und Entwicklung

Angelehnt an die von der Marine 2024 durchgeführten „OpEx“ soll den europäischen Streitkräften sollten europäische Streitkräfte regelmäßige Test- und Experimentierprogramme für die Entwicklung und Integration neuer Technologien etablieren. Diese Testzentren würden eine zentrale Rolle bei der Erprobung neuer militärischer Fähigkeiten spielen und gleichzeitig die Zusammenarbeit mit der zivilen Forschungs- und Innovationslandschaft fördern.

Europäische Test- und Experimentierzentren für die zivil-militärische Forschung und Entwicklung sollten gezielt eingerichtet werden, um technologische Innovationen schneller und effizienter in die Streitkräfte zu integrieren. Dabei ist eine teilweise Dezentralisierung der Beschaffung notwendig, um flexiblere und anwendungsnahe Entwicklungs- und Testverfahren zu ermöglichen. Durch diese Zentren können neue militärische Plattformen, autonome Systeme und künstliche Intelligenz unter realistischen Bedingungen erprobt sowie Dual-Use-Technologien aus der zivilen Wirtschaft in militärische Anwendungen integriert werden. Darüber hinaus können die Testzentren auch für zivile Sicherheitsanwendungen wie Katastrophenschutz oder Cybersicherheit genutzt werden.